

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktionslokal: Neudorf Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Nur für Nachbestellungen: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
Die einseitige 37 mal breite Seite 4.- M. (mit Familienanzeigen, Anzeigen unter Eisen- u. Wohnungsmarkt, 1-pollige An- u. Verkäufe 25 %). - Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnnummer 70 Pf.

Erscheinung und Abonnementsstelle:  
Markenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von "Eppich & Reichardt in Dresden."  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Bergmanns Zahnpasta**  
**Rosodonf**  
man sucht vergeblich nach besserem  
Überall erhältlich

**Blesch-Weinstuben**  
Prager Straße  
Täglich: Künstler-Konzert  
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

**Konditorei u. Café**  
STREHLER STRASSE 3  
**Wklich** 2 MINUTEN VOM HAUPTBAHNHOF  
Gorten — Baumkuchen — Kaffeegebäck

## Die Eisenbahner vor der Entscheidung.

### Stürmische Verhandlungen der Reichsgewerkschaft.

**Drohmelung unserer Berliner Schriftleitung:**  
Berlin, 31. Jan. Die Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, in der über den Streik Beschluß gefaßt werden sollte, verlief stürmisch. Die Verhandlungen begannen nachmittags 2 Uhr und zogen sich bis in die Nachtstunden hin. Der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Meune, leitete die Verhandlungen selbst. Es waren insgesamt 30 Vertreter der Beamten aus Berlin und dem Reich anwesend. Man hatte absichtlich nicht die Geschäftsräume der Reichsgewerkschaft gewählt, da einzelne Mitglieder des Vorstandes der Aufforderung des Reichsverkehrsministers, an ihre Dienststelle zurückzukehren, nicht obgehört hätten.

#### Die Oppositionsgruppe.

Die den Streik verurteilt, hatte sich im Laufe des gestrigen Tages noch etwas vergrößert; doch standen der radikalen Richtung von Anfang an nur etwa acht Vertreter von Beamten gegenüber, die scharf gegen die Verhandlungsvorgänge waren. Vor allem bezweifelten sie das Recht des erweiterten Vorstandes, über die Köpfe der Mitglieder hinweg einen Beschluß zu fassen, der nicht nur für die Beamten selbst die aller schwersten Folgen haben könne. Der erweiterte Vorstand hätte die Verhandlungen des Verbandsausschusses abwarten müssen, ehe er überhaupt die Mitglieder zu einer Aktion aufrufen konnte. Das Angebot der Regierung sei unannehmbar gewesen. Die Reichsgewerkschaft müsse den Mut aufbringen, ihren Mitgliedern im Laufe zu sagen, daß die innere und außenpolitische Lage des Reiches im Augenblick so schwierig sei, daß jede schwere Erschütterung unübersehbare Folgen haben würde. Die Vertreter der Unterbeamten, besonders die Lokomotivführer

erklärten dagegen, daß die Jugendskandalle der Regierung für viele Schichten der mittleren und unteren Beamten unannehmbar seien. Sowohl der Finanz- als auch der Reichsverkehrsminister hätten es an dem nötigen Willen zur Verständigung fehlen lassen. Anherberauschlag erregte Debatten entspannen sich über die Regierungs-erklärungen, die ein energisches Vorgehen gegen die Beamten ankündigten, die sich an dem Streik beteiligen würden. Diese Maßnahme der Regierung bedrohe letzten Endes überhaupt die Koalitionsfreiheit der Beamten.

Die Vertreter des Streikbankens erklärten, daß sie trotz aller Warnungen der Regierung die

Führung übernehmen würden, doch verlangten sie, daß bei etwaigen Maßregelungen die Eisenbahnbeamten sich hinter die Leitung stellen und sie deckten.

Es wurde hierauf bekanntgegeben, daß die Reichsgewerkschaft der Reichsgewerkschaft, die für den Streik eintreten, in dieser Richtung bereits das Rotwendige veranlaßt hätten. Es seien ferner gezeichnet worden, aus denen die Maßregelungen finanzielle Unterstützung erhalten sollten. Die Debatten wurden gegen 7 Uhr abends so erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrechen mußte. Bis 10 Uhr abends war noch kein Beschluß gefaßt.

#### Solidaritätserklärungen der Ortsgruppen Dresden und Leipzig.

Die Ortsgruppe Dresden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilt mit auf Anfrage mit, daß ihre Haltung in der Streikfrage, zu der sie in einer Versammlung am 22. Januar Stellung genommen hat, unverändert sei. Sie ist gewillt, dem Streikbeschlusse des Hauptvorstandes in Berlin im gegebenen Augenblicke Folge zu leisten.

Leipzig. An der heutigen Vorbereitungsversammlung der Eisenbahngewerkschaft Leipzig erklärte diese, daß sie im Streikfall sich zu den übrigen Gewerkschaften solidarisch verhalten würde. Von einer auch nur teilweisen Einstellung des Zugverkehrs in Leipzig kann keine Rede sein.

#### Eindringliche Warnung des Präsidenten der Dresdner Eisenbahn-Generaldirektion.

Dresden, 31. Jan. Der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden hat folgenden Aufruf erlassen:

**An alle Eisenbahner!**  
Jeder Beamte, der sich an einem Streik beteiligt, verlegt seine Pflicht auf das Schwerste, und es wird das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. In letzter Stunde warne ich deshalb nochmals alle Bediensteten eindringlich vor der Beteiligung an einem Streik und vor jeder Unterstützung darauf gerichteter Bestrebungen, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, wie in dem ihrer Familien, sondern auch im Interesse unseres Vaterlandes, mit dessen Wohl wir alle untrennbar verbunden sind.  
(W. L. W.) Dr. Meitnis, Präsident.

## Der Reichshaushalt für 1922.

Der Reichsfinanzminister Darnst hat im Reichstage ein so vorzügliches Finanzexposé gegeben, daß man wünschen möchte, er übernehme das Amt des Reichsfinanzministers, das er jetzt nur „nebenbei“ verwaltet, endgültig. Es war eine wohlbedachte, klar und überflüssig aufbaute Rede, die alle ins Gewicht fallenden Fragen scharf beleuchtete und ohne beschönigenden Optimismus ein ungefühltes Bild unserer finanziellen Lage zeichnete, wie es wirklich ist. Ein ganz kleiner Vorbehalt ist insofern vorhanden, als der ordentliche Haushalt zum erstenmal einen Ueberschuß in Höhe von 16½ Milliarden aufweist. Wendet man aber den Blick von dieser bescheidenen Stelle zum außerordentlichen Etat, so findet man unter der Rubrik Kontributionshaushalt die kolossale Summe von 22 Milliarden verzeichnet. Vor dieser Riesenzahl verkrümmt sich schon und schlüßtern der schwache Hoffnungstrahl, der auf Grund des Ueberschusses im ordentlichen Etat im ersten Augenblicke aufleuchten wollte, und übrig bleibt nur das schwere gewichtige Wort des Ministers, daß der Haushaltsplan für 1922 ganz unter dem Zeichen der ungeheuren Lasten steht, welche die Erfüllung des Friedensvertrages dem deutschen Volke auferlegt. Ein Etat, der mit solchen Unsummen belastet ist, kann überhaupt nicht in Ordnung gebracht werden, wenn nicht der Revisionsprozeß bei dem Grundübel ansetzt und eine geeignete Regelung des Reparationsproblems auf einer mit der deutschen Leistungsfähigkeit vereinbarenden Grundlage in die Wege geleitet wird. Es ist dankenswert, daß der Minister diesen Stand der Dinge klar und scharf herausgemerkt und darauf verzichtet hat, die Feststellung der Wahrheit mit den an anderer Regierungssitze so sehr beliebten Erfüllungssphäras zu verdrängen. Auch in der Steuerfrage hat der Minister mit kräftiger Hand in den von der Entente vorbereiteten Fuß von Unrichtigkeiten hineingegriffen und gründlich mit der Legende aufgeräumt, daß der deutsche Steuerzahler weniger Lasten zu tragen habe, als der französische und englische. Das Gegenteil ist richtig und wenn die Vertreter der Entente in Deutschland ein offenes Auge für die empfindlichen Einschränkungen besitzen, denen sich in allen Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme weniger Bevorzugter, jeder Haushalt ausnahmslos aussetzen muß, wenn sie sich die Mühe nehmen, einmal etwas tiefer in die Belastung einzudringen, die der große deutsche Besitz zu tragen hat, dann würden sie begreifen lernen, wie schwer das Leben für die ungeheure Mehrheit der deutschen Nation geworden ist. Gewiß, wir sind ein belastetes Volk und müssen uns deshalb damit abfinden, daß auf eine lange Reihe von Jahren der alte Wohlstand nicht wiederkehren kann, sondern daß wir alle mehr oder minder unsere Lebenshaltung auf ein bescheidenes Maß herabzudrücken haben, damit wir unseren Verpflichtungen gegenüber den Siegerstaaten gerecht werden können. Das erkennen wir grundsätzlich durchaus an. Wir wehren uns aber mit aller Kraft gegen zu weit gehende Zummungen, die uns in einen Zustand von andauernder Verklavung gegenüber der Entente verwerfen würden, wie er tatsächlich mit dem jetzigen Reparationsprogramm verbunden wäre, wenn dieses rigoros bis zum bitteren Ende durchgeführt würde. Hier muß deshalb der Hebel zur Besserung angelegt werden, und das hat auch der Minister wiederholt mit allem Nachdruck betont. Auch mit Hilfe der Zwangsanleihe wird es nicht gelingen, den Reparationshaushalt zu balancieren. Die Zwangsanleihe aber ist das letzte Opfer, zu dem das deutsche Volk auf steuerlichem Gebiete überhaupt noch fähig ist. Dann muß es unerbittlich heißen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Damit ist Deutschland dann in finanzieller Hinsicht völlig ausgepowert und mit der Erfüllungsmöglichkeit hat es dann ein für allemal ein Ende. Dann gibt es nur noch als einzigen Weg die Verminderung der Reparationslasten auf ein für die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft erträgliches Maß. Nur so kann Deutschland und mit ihm Europa wieder auf einen grünen Zweig kommen, und wenn die Konferenz in Genua wirklich einen Markstein im Sinne der Wiederherstellung der europäischen Lebensfähigkeit und der Neubelebung von Handel und Wandel bedeuten soll, dann wird sie in erster Linie einen neuen, auf Gerechtigkeit und Billigkeit beruhenden Reparationsplan beschließen müssen. Deutschlands Wiedergesundung hängt letzten Endes davon ab, daß nach Stilllegung der Notepresse unsere Zahlungsbilanz wieder aktiv wird. Zudem der Minister diesen Gesichtspunkt hervorhob, richtete er zugleich an die Adressen der Ältesten die Mahnung, sich darüber nicht am täuschen, daß eine aktive Zahlungsbilanz und die Befreiung der Inflation mit erheblichen Reparationsleistungen nicht vereinbar seien. Die deutschen Delegierten in Genua werden die Sache der Nation nicht besser und wirksamer vertreten können als dadurch, daß sie diese vom Minister Darnst ausgesprochene Wahrheit in allen Tonarten wiederholen und mit den bündigsten Beweisen im einzelnen belegen.

Sehr wohlthuend berührt die energische Sprache, die der Minister gegenüber den frivolen Erörungen des wirtschaftlichen Lebens durch wilde Streiks gefunden hat. Wenn künftig die Reichsregierung wirklich das tut, was der

## Die Vorgeschichte der Streifbewegung.

### Aufklärungen der Regierung im Hauptauschuß.

**Drohmelung unserer Berliner Schriftleitung:**  
Berlin, 31. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages wurden heute regierungsseitig Aufklärungen über die Vorgeschichte der Auslandsbewegung in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner gegeben und auf die Befolgsregeln durch Weich vom 11. Nov. hingewiesen. Schon am 3. Dez. stellte der Deutsche Beamtenbund die bekannten von den übrigen Spitzenverbänden mit unterzeichneten Forderungen auf, in denen wiederum mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine nochmals grundlegendere Neuerechnung der Beamtenbezahlung verlangt wurde, und zwar in einem Ausmaße, daß die große Mehrzahl der Beamten und Staatsbediensteten

Erhöhungen von mehr als 50 Prozent, in manchen Fällen sogar mehr als 70 Prozent der kurz vorher uraltesten Gesamtbezüge.

Die Arbeiter einen Lohnaufschlag von 48 bis 73 Prozent der neuen Gesamtbezüge erhalten haben würden, und daß das Reich, die Länder und die Kommunen mit einem Gesamtaufwand von 50 bis 60 Milliarden Mark für diesen Preis zu zahlen hätten. Am 13. Dezember antwortete der Reichsminister der Finanzen dem Deutschen Beamtenbund, daß diese Forderungen die gebotene Rücksichtnahme auf die allgemeine Volkswirtschaft und auf die Finanzlage des Reiches vermissen ließe und es ihm daher nicht möglich sei, sie als Grundlage für Verhandlungen anzusehen. Am 21. Januar stimmte der Reichstag der Regierungsvorlage zu. In dieser Plenarsitzung gab der Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, es entspreche durchaus der Absicht der Reichsregierung, nach Verabschiedung der Vorlage baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über alle Befolgsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme mit den Parteien des Reichstages in aller Ruhe und Gründlichkeit zu prüfen.

Obwohl der Beamtenauschuß des Reichstages sofort an die Bearbeitung aller dieser Fragen ging, hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner am 20. Januar dem Reichstag, dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister eine Entschuldigungsverföge, in der die Forderung der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne erneut erhoben, eine bindende Erklärung über die Annahme oder Ablehnung dieser Forderungen binnen fünf Tagen verlangt und für den Fall der Ablehnung die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels in Aussicht gestellt wurde.

Bei der gestrigen Besprechung mit den Vertretern der Länder wurde die Frage erörtert, ob für die Beamten an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen Wirtschaftsberechnungen gemacht werden könnten. Die Mehrzahl der Vertreter äußerte Bedenken gegen eine solche dem Beamtenbezahlungsberechtigten an sich fremde Regelung, konnte sich aber der Notwendigkeit nicht verschließen, eine der Gewährleistung von Ueberschneidungsausschüssen an die Arbeiter entsprechende, aber den Besonderheiten des Beamtenverhältnisses angepasste Maßnahme zu treffen. Der Reichsfinanzminister wird nunmehr der Reichsregierung eine Reihe von Vorlagen unterbreiten, durch die der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, im Benehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsberechnungen in Anrechnung an die den Reichsarbeitern zu gewährenden Ueberschneidungsausschüsse, andererseits in Anpassung an die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses zu bewilligen.

#### Die Stellungnahme der Parteien.

Bei der Besprechung der Darlegungen des Reichsfinanzministers warnte Dr. Hosenfeld (Unabh.) die Regierung, vor einem zu scharfen Vorgehen gegen die Beamtenenschaft. — Abg. Müller-Frauenkron wies darauf hin, daß schon längst vor Abschluß des Ultimatums der Reichsgewerkschaft diese von langer Hand alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen habe. Die Notlage veranlasse keine Freunde nicht, aber 50 bis 60 Milliarden Mark Beamtenbezahlungserhöhung, wie sie das Ultimatum in seiner Auswirkung darstelle, könne keine Partei verantworten.

Stanzler (D. Sp.) betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Abg. Dellins (Dem.) macht der Regierung den Vorwurf, daß

die Autorität nicht immer gewahrt worden sei, und daß man den vernünftigen Führern nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt und damit den Radikalismus unbenutzt gefördert habe. Die Forderung von 50 bis 60 Milliarden könne nicht erfüllt werden, ohne Entgegenkommen wäre angebracht gewesen. Der letzte Streik sei ein Verbrechen, und die Regierung müsse sich wehren.

Abg. Dr. Cuno (D. Sp.) spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Streikverboten der Eisenbahner mit äußerster Energie begegnen werde, da diese Verbrechen mit den öffentlichen Interessen unvereinbar seien. — Abg. Schatz-Bromberg (D. Sp.) und v. Guericke (Z.) verneinen grundsätzlich das Streikrecht der Beamenschaft. (Vorlesung des Reichstages Seite 2.)